

Hoffnungslos



Maren Beneke
über die BLB-Bilanz

Bis zuletzt war sie da. Die Hoffnung, dass sich die Schiffsmärkte bald wieder erholen könnten. Und so viel ist sicher: Die Schiffsmärkte werden sich erholen. Irgendwann. Nur eben nicht in diesem und wohl auch nicht im nächsten Jahr. Die Vorstände der Bremer Landesbank haben lange gehofft. Dass sich doch noch etwas tut. Doch der Hoffnung ist Resignation gewichen. Denn mit einem Nachsteuerergebnis von fünf Millionen Euro ist ein Punkt erreicht, der förmlich schreit: Bis hierhin und nicht weiter, denn es droht das Minus.

Von heute auf morgen wird sich die BLB nicht von ihren Schiffen trennen können. Das braucht Zeit. Zumal das Institut schon allein von seiner regionalen Ausrichtung her die Reeder nicht einfach ins offene Messer laufen lassen kann. Aber der Schwenk hin zum Ausbau der anderen Bereiche ist richtig und wichtig. Die Bank muss sehen, dass sie sich mit den Reedern einig wird, deren Schiffe keine Zukunft haben. Und das so schnell wie möglich. Denn nur über einen Abbau der Schiffe können die krassen Werte der Risikoversorge geschmälert und damit das Ergebnis der Bank verbessert werden. Dann darf auch Bremen wieder auf Dividende hoffen. Irgendwann.

Bericht Seite 17
maren.beneke@weser-kurier.de

Ungerecht



Jörg Niemeyer
über die RSG in Bremen

Untrennbar sind Gisela Drygala und ihre Tochter Larissa in Bremen mit der Rhythmischen Sportgymnastik (RSG) verbunden. Man kann es nur so sagen: Alles, was die RSG hier geworden ist, hat sie diesem seit Jahrzehnten hoch engagierten Duo zu verdanken. Und Bremen kann gleich mit danken, denn obwohl die RSG nicht zu den populärsten Sportarten der Republik zählt: Sie sorgte in der Vergangenheit mit tollen nationalen und internationalen Erfolgen dafür, dass der Name der Stadt auch mal überregional fiel.

Von Werder abgesehen, hat Bremen im Sport außer dem Bundesstützpunkt RSG keine Institution mit bundesweiter Strahlkraft. Es gibt hier mit dem Grün-Gold-Club zwar die weltbeste Latein-Tanzformation und mit Werder ein Tischtennis-Team, das gerade ein europäisches Finale erreicht hat. Aber in allen Sportarten, außer in der RSG, hängt Bremens Glanz vom Erfolg einzelner Mannschaften ab.

Es mutet fast schon tragisch an, dass mit Natalie Hermann und Julia Stavickaja zwei Bremer Topgymnastinnen nun nicht nur um die deutsche Olympia-Teilnahme in Rio kämpfen, sondern indirekt auch um den Fortbestand des RSG-Bundesstützpunkts in ihrer Heimatstadt. Bericht Seite 27
joerg.niemeyer@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Heide Wagner - Bremen:
André Fesser (komm.) - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meiniking - Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Miodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags
von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-
häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

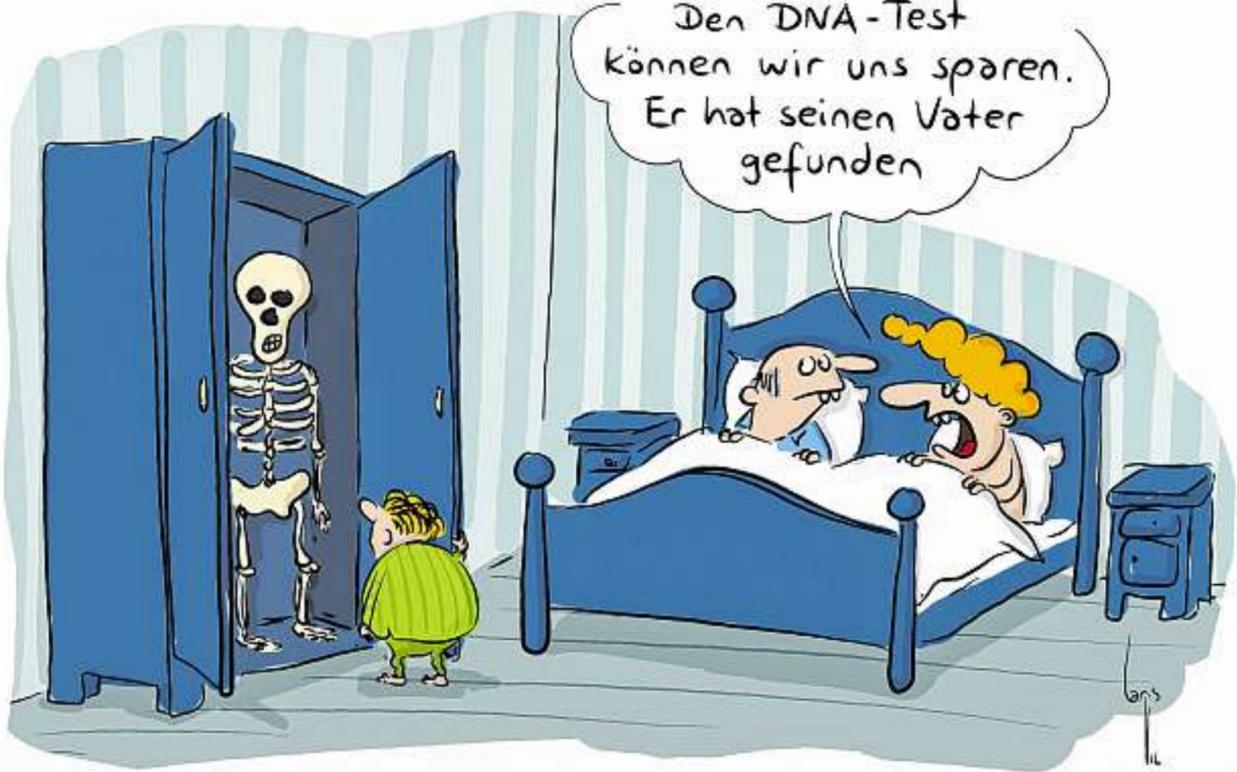
Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonntenservice@weser-kurier.de
abonntenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Mario Lars

Die Rente wird zum Wahlkampfthema



Karl Doemens
über die Rente

Als Union und SPD im November 2013 ihren Koalitionsvertrag aushandelten, diente ihnen die Rentenversicherung als Jackpot. Die Mittel des Bundeshaushalts waren begrenzt. Da fügte es sich, dass die Alterskasse gerade ein stattliches Finanzpolster angelegt hatte. Flugs wurden die Mütterrente und die Rente ab 63 versprochen. Vergeblich warnten Experten und Sozialverbände, dass von diesen Wohltaten vor allem jene profitieren würden, die noch relativ gut versorgt seien.

Die Parteichefs Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Horst Seehofer brachten das Gesetz mit Hochdruck durchs Parlament. Mehr als 160 Milliarden Euro werden dafür bis 2030 ausgegeben. Weitere rentenpolitische Ambitionen zeigte die Große Koalition nicht – bislang. Denn nun haben CSU-Chef Seehofer und SPD-Chef Gabriel plötzlich entdeckt, dass 2030 eine massenhafte Altersarmut droht. Riester sei geschmeitert, erklärt Seehofer, und Gabriel will die Absenkung des Rentenniveaus stoppen. Binnen weniger Tage ist eine große Rentenreform ganz oben auf die schwarz-rote Agenda gerückt.

Was ist passiert? Nichts, was mit der Sache zu tun hat. Um den Beitrag für die Jüngeren bezahlbar zu halten, sinkt planmäßig das gesetzliche Rentenniveau. Bis 2030 soll es von einst 53 nicht unter 43 Prozent fallen. Der Arbeitsmarkt ist stabil, die Untergrenze nicht in Gefahr. Allerdings braucht Seehofer nach der Entspannung an der Flüchtlingsfront dringend ein Profilierungsthema. Gabriel greift nach jedem Strohhalm, um die taumelnde SPD über der 20-Prozent-Marke zu halten. Und in der Bevölkerung macht sich, geschürt durch falsche WDR-Berechnungen, Angst über die eigene Sicherheit im Alter breit.

Das sind keine guten Voraussetzungen für eine seriöse Rentenreform, die mit einer nüchternen Analyse beginnen müsste: Nein, an den demografischen Problemen einer alternden Gesellschaft für das Umlageverfahren hat sich nichts geändert. Aber ja, wir haben trotzdem ein Problem. Die rot-grünen Rentenreformer gingen davon aus, dass die Einnahme im System durch verstärkte private oder betriebliche Vorsorge der Ar-

beitnehmer kompensiert würden. Das funktioniert ganz offensichtlich nicht. Die Ursachen sind vielfältig: Die Riester-Rente ist zu teuer und intransparent, die Betriebsrente nur bei Großunternehmen verbreitet, die Renditen insgesamt mickrig und das Geld bei Geringverdienern knapp. Trotzdem, darauf hat gerade die OECD hingewiesen, wäre es falsch, die kapitalgedeckte Vorsorge einzustampfen. Das würde die Jüngeren mit Beiträgen weit über 24 Prozent belasten. Zudem ist es grundsätzlich besser, die Risiken in einem Mischsystem zu streuen.

Eine seriöse Reform müsste mit einer nüchternen Analyse beginnen.

Was also müsste passieren? Bei der gesetzlichen Rente müsste sich die Regierung endlich um die kümmern, die

tatsächlich von Altersarmut bedroht sind. Das sind vor allem Alleinerziehende, Solo-Selbstständige, Erwerbsunfähige und Langzeitarbeitslose. Die Problemgruppen sind seit langem bekannt. Weil Union und SPD aber ihre teuren Klientelgeschenke wichtiger waren, ist für sie (fast) nichts geschehen.

Zugleich müsste die kapitalgedeckte Vorsorge attraktiver werden. Ein kostengünstiger, öffentlich verwalteter und transparenter Deutschlandfonds, wie ihn die schwarz-grüne Hessen-Koalition vorschlägt, wäre statt der Riester-Policen ein Ansatz. In der Nullzinsphase sollte er stärker auch in Aktien investieren. Die Betriebsrente muss leichter handhabbar werden. Auch die abschreckend wirkenden doppelten Krankenversicherungsbeiträge im Alter gehören auf den Prüfstand. Um einen stärkeren Anreiz zur privaten Vorsorge für Geringverdiener zu schaffen, sollte zumindest ein Teil der Erträge nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden.

Das alles wären sinnvolle Ansätze. Doch Seehofer und Gabriel, so scheint es, wollen einen demonstrativen großen Wurf. In dieser Legislaturperiode ist das nicht mehr zu schaffen. Damit rückt die Rente ins Zentrum des Bundestagswahlkampfes 2017. „Wir halten das Rentenniveau bei 50 Prozent!“, könnte der Slogan heißen. Über die Kosten von 50 Milliarden Euro würde man schweigen.

Die Älteren erinnern sich an den Rentenwahlkampf 1998: Damals zog die SPD gegen den Blümschen Demographiefaktor zu Felde. Nach dem Wahlsieg aber kam das böse Erwachen. Erst gab es zwei Jahre nur einen Inflationsausgleich, dann wurden der Riester- und der Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Von dem Glaubwürdigkeitsverlust haben sich die Genossen bis heute nicht erholt.

politik@weser-kurier.de

Traditionelle Symbolkraft für die Gesellschaft

Kuno Hottenrott
über die Zukunft des Sports

Eine Nation wie Deutschland, die zu den reichsten Ländern der Welt zählt, muss in der Lage sein, eine breit angelegte Leistungssportkultur zu erhalten und zu fördern. Künftig nur noch in Sportarten zu investieren, die bei den Olympischen Spielen erfolgreich sein werden, wäre ein Zurückfallen in das ehemalige DDR-Leistungssportsystem.

Die Förderung des Spitzensports in Deutschland sollte möglichst vielen jungen Menschen die Chance geben, sich in ihrer favorisierten Sportart maximal zu verwirklichen, das heißt ihr genetisches Potential für Höchstleistungen mit erlaubten Methoden auszuschöpfen. Dafür be-

darf es im Leistungssport-System weniger Monopolisierung und Zentralisierung, sondern mehr Dezentralisierung mit einer flächendeckenden Schaffung von wohnortnahen Trainingsstätten – mit pädagogisch und psychologisch hochqualifizierten Trainern. Investitionen in den seit Jahren vernachlässigten Sportstättenbau öffnen zugleich die Chance, die tägliche Sportstunde in den Schulen einzuführen, wie es in vielen Ländern bereits umgesetzt wird.

Leitgedanke der Spitzensportförderung darf also nicht ein rigoroses Programm für den Erfolg sein. Die Sportförderung sollte sich vielmehr auf die Rückgewinnung von Werten, Vertrauen und der gesellschaftlichen Akzeptanz des Leistungssports konzentrieren. Ziel muss die Stärkung der spitzensportlichen Repräsentanz bei internationalen Wettbewerben in möglichst vielen Sportarten sein. Die Per-

son des Athleten, sein Trainingsfleiß, seine Motivation und weniger der Erfolg sind verstärkt in den Blick zu rücken. Es muss zwischen Leistung und Erfolg klar unterschieden werden. Sportliche Leistungen sind das Ergebnis eines langfristigen Trainingsprozesses. Sportlicher Erfolg wird aufgrund der hohen Leistungsdichte in allen Sportarten zunehmend von Zufälligkeiten geprägt.

Die Wertschätzung einer Nation wird anders als in den Zeiten des Kalten Krieges kaum im Zusammenhang mit dem sportlichen Erfolg, mit dem Rang im Medaillenspiegel bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften gesehen. Deutschland würde auch ohne eine sportliche Spitzenposition als wirtschaftlich erfolgreiche Nation anerkannt sein. Die Medaillenflut der Chinesen bei den Olympischen Spielen in Peking wurde von den Menschen wegen der strengen zent-

ralistischen Vorgaben und den vielfach inhumanen Trainingsbedingungen eher kritisch betrachtet. Der globalisierte Spitzensport der Zukunft muss wieder stärker seine traditionelle Symbolkraft für die Gesellschaft entfalten – und Werte wie Fairness, Respekt, Solidarität, Leistungswille, Fleiß, Durchhaltevermögen in den Fokus stellen.



Unser Gastautor ist Direktor des Institut für Leistungsdiagnostik und Gesundheitsförderung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 2013 ist er der Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.